

FAQs – Summary

- **Welcher Rohstoff wird im Steinbruch Pfaffenberg gewonnen?**

Der mineralische Rohstoff: Kalkstein-Dolomit wird am Pfaffenberg abgebaut! Dolomit ist dem Kalkstein sehr ähnlich hat aber eine wesentlich höhere Mineralhärte. Er wird gemeinsam mit Kalkstein, Basalt, Diabas, Grünschiefer, Granit, und noch einigen anderen Gesteinen hauptsächlich im Straßen- und Bahnunterbau verwendet.
- **Welche Mengen werden abgebaut und wie oft wird gesprengt?**

Durchschnittlich wird zwei bis dreimal pro Woche gesprengt und mehr als 1,3 Mio. Tonnen Gestein pro Jahr abgebaut – genaue Daten sollten bei der Stadtgemeinde Hainburg verfügbar sein.

Für den Abtransport dieser Mengen sind bei 260 Werktagen im Jahr, ca. 250 LKW pro Tag erforderlich. Das sind täglich 500 LKW An- und Zufahrten. Diese LKW Fahrten tragen zu einer verstärkten Feinstaubemission (PM10 etc.) bei und belasten die Gesundheit der Anrainer in den Ortschaften rund um den Steinbruch. Neben Erschütterung durch Sprengungen, Staub durch die Aufbereitung und Lagerung des Materials belastet auch der ansteigende LKW Verkehr die Region, die bereits offiziell als Feinstaub-Sanierungsgebiet ausgewiesen ist.
- **Wie wichtig sind die gewonnenen Rohstoffe vom Steinbruch?**

Kalkstein und Dolomit zählen NICHT zu den kritischen Rohstoffen (siehe Liste der kritischen Rohstoffe 2014 – Quelle: Österr. Montanhandbuch 2014). Die jährliche Abbaumenge von 1,3 Mio. Tonnen / Jahr entspricht ca. 2,5% der österreichischen Gesamtproduktion grundeigener mineralischer Rohstoffe. (Quelle: Österr. Montanhandbuch 2014). Neben Bad Deutsch Altenburg wird Kalkstein in Österreich noch in weiteren 60 Gewinnungsstätten abgebaut. Dolomit wird in 41 Gewinnungsstätten in Österreich abgebaut. Nahegelegene Steinbrüche sind z.B. Eberstein, Berndorf und Gaaden. Es gibt 1.200 mineralische Rohstoffgewinnungsstätten in Österreich (Quelle: Österr. Montanhandbuch 2014).
- **Gibt es die erforderlichen Genehmigungen für den Abbau?**

Für die BI ist es schwierig nachzuvollziehen, nach welcher Grundlage abgebaut wird. Es gibt keinen ausdrücklichen Genehmigungsbescheid, sondern nur einen Rahmenbetriebsplan für einen mehr als 60jährigen Abbau, welcher der zuständigen Behörde 1997 zur Kenntnis gebracht wurde. Dazu gibt es von 1998 einen Bescheid, welcher begleitende Sicherheitsmaßnahmen für den Zeitraum des Abbaus bis 2055 vorschreibt. Diese Unterlagen und eine alte Rodungsbewilligung aus dem Jahr 1958 für nur 24Ha werden als gesetzlichen Grundlagen herangezogen.
- **Wie viele Arbeitsplätze bietet der Steinbruch BDA?**

Gemäß einer veröffentlichten Information des Steinbruchbetreibers Hollitzer sind 25 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen direkt im Steinbruch beschäftigt.
- **Werden durch die Forderungen der Bürgerinitiative Arbeitsplätze gefährdet?**

Die BI fordert die Erhaltung der Schutzzone. Ein Wegfall des Gesteinsabbaus am Hainburger Grat ohne Kubatur Ausgleich entspricht einer 10 Jahres Produktion. Der Steinbruchbetreiber könnte demnach anstatt bis 2055 „nur“ mehr bis 2045 abbauen. Aufgrund dieses Zeithorizonts sind sicherlich keine Arbeitsplätze in Gefahr.

FAQs – Summary

- **Den Steinbruch gibt es schon seit über 100 Jahren – warum stört er heute?**

Das Hainburger Stadtgebiet im Bereich Pfaffenbergsiedlung wurde Anfang der 80iger aufgeschlossen, nachdem der Steinbruchbetreiber die Erhaltung einer sogenannten Schutzzone am Hainburger Grat des Pfaffenberges schriftlich zugesichert hat (Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Hainburg 1981).

Im Steinbruch Pfaffenberg wurden damals max. 60.000 Tonnen pro Jahr abgebaut. (Zum Vergl. wird heute die 20fache Menge abgebaut: 1,3 Mio. Tonnen/Jahr). Große Bereiche des Pfaffenberges waren Naturschutzgebiet. Im Flächenwidmungsplan (FWP) war der Steinbruch mit seinen damals viel geringerem Flächenausmaß als NICHT erweiterungsfähiger Standort und auch als mittelfristig auslaufend gekennzeichnet.

Im Jahr 1990 gab es bereits einen Bescheid zur Einstellung des Abbaus im Steinbruch Pfaffenberg durch die Bezirkshauptmannschaft als zuständige Aufsichtsbehörde. Durch grenzwertige Ausnutzung gesetzlicher Veränderungen hat sich der Steinbruchbetreiber diesem Einstellungsbescheid entzogen, indem es gelang, in die Zuständigkeit der damals allmächtigen Bergbaubehörde zu wechseln.

Ab 1992 begann man ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung mit der Planung einer massiven Erweiterung des Gesteinsabbaus am Pfaffenberg. Diese Pläne sehen auch den Abbau der 1981 schriftlich vereinbarten Schutzzone vor.
- **Was versteht man unter der oft genannten Schutzzone am Hainburger Grat?**

Der in den 80iger Jahren zuständige Geschäftsführer und Prokurist des Steinbruchbetreibers hat der Stadtgemeinde Hainburg die Erhaltung der Höhe des Pfaffenberges an der Hainburg zugewandten Seite als Schutz gegen Staub und Lärm (negative Beeinflussung der Bevölkerung) zugesagt – dies wurde im Namen des Steinbruchbetreibers schriftlich und unterzeichnet, in Form der Vereinbarung 1981, der Stadtgemeinde Hainburg zur Kenntnis gebracht. Diese Vereinbarung war in den darauf folgenden Bescheiden der zuständigen Bezirkshauptmannschaft immer wieder ein wesentlicher Bestandteil.
- **Warum erstanden die Interessenten Grundstücke in der heutigen Pfaffenbergsiedlung?**

Die Aufschließung der „inneren“ Pfaffenbergsiedlung wurde im Jahr 1983/84 unter der Annahme, dass der Steinbruch mittelfristig eingestellt und in keinem Fall erweitert wird vorgenommen.

Das oft empfohlene Einsehen in die Flächenwidmungspläne zeigte nur das ursprüngliche Ausmaß mit dem Vermerk („nicht erweiterbar“). Die Vertreter der Stadtgemeinde beruhigten und wiesen auf das Auslaufen des Steinbruchbetriebes und die Vereinbarung von 1981 hin.
- **Hatten die Anrainer Kenntnis über den naheliegenden Steinbruch?**

Nur bedingt – bis 2005 war das [erweiterte](#) Bergbaugelände NICHT in den Flächenwidmungsplänen ausgewiesen. Die massive Erweiterung und der geplante Abbau bis 2055 wurden 1997 OHNE Einbindung und Information der Bevölkerung umgesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger kannten nur die im Flächenwidmungsplan eingetragene Fläche des 1983 festgelegten Gesteinsabbaus und die Vereinbarung aus 1981 mit der dargestellten Schutzzone.

FAQs – Summary

- **Warum hält man sich nicht mehr an diese vom Steinbruchbetreiber zugesagte Vereinbarung?**

Es vergingen mehr als 10 Jahre, bis 1997 der Grundstein für eine massive Erweiterung des Steinbruches gelegt wurde. Eine Abhandlung mit Einbindung der NÖ Umweltschutzbehörde aber OHNE eine Umweltverträglichkeitsprüfung und OHNE Einbindung der Hainburger Bevölkerung. Anrainer hatten KEINE Parteienstellung und wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Das nun geplante Projekt nahm auf die Vereinbarung von 1981, und vor allem auf die unmittelbaren Anrainer, KEINE Rücksicht.

Man wollte sich nicht mehr an diese Vereinbarung erinnern und auch nicht daran halten, obwohl diese vom damaligen Geschäftsführer erstellt wurde und in diversen Bescheiden der zuständigen Behörden erwähnt wird.

- **Was wurde aus der Feststellungsklage zur Einhaltung der Schutzzone?**

Nach der Volksbefragung im Juli 2011 und dem eindeutigen Votum, den Erhalt der Schutzzone sicherzustellen, hat sich die Stadtgemeinde um eine Konsenslösung bemüht. Da diese erfolglos war wurde der Weg einer Feststellungsklage bestritten, welche leider die Rechtmäßigkeit der Vereinbarung in Frage stellte.

Sinngemäß kam das Gericht zum Urteil, dass es 1981 Gemeinden nicht zustand, derartige Vereinbarungen im Sinne der Raumordnung abzuschließen. Damit hat die Vereinbarung an Rechtsgültigkeit verloren und der eigentliche Ersteller dieser Vereinbarung ist auch nicht mehr gewillt, sich daran zu halten.

All dies zum Nachteil der Hainburger Bevölkerung. Die Absenkung des Berges um 50m steht bevor. Unter der Staubbelastung wird ganz Hainburg leiden müssen.

- **Wie ist der derzeitige Status?**

Der Wanderweg auf den Hundsheimer-Berg über den Aufstieg Neuriss ist der konsequenten Erweiterung des Steinbruches bereits zum Opfer gefallen.

Erschütterungsmessgeräte wurden installiert und Luftgüteüberwachungen sind geplant – Grenzwerte werden rücksichtslos ausgenutzt, Lebensqualität geht mehr und mehr verloren. Dialoge mit der Stadtgemeinde und der BH Bruck werden geführt, um den einst zugesagten Anrainerschutz sicherzustellen bzw. einzufordern. Entsprechende Anfragen wurden an das Land NÖ und an das Umweltministerium gestellt – erhoffte Unterstützung im Sinne einer nachhaltigen Erhaltung unseres Lebensraumes blieben bis dato aus.

Permanentes Überwachen der Sprengerschütterungen sowie die Luftgüte werden konsequent weiterverfolgt um die Situation in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Ein Schulterschluss aller an den Steinbruch angrenzenden Gemeinden wäre wünschenswert – im Sinne eines nachhaltigen Umweltgedankens und zur Erhaltung des Lebensraumes von Mensch und Tier.